

**Stakeholder-Beteiligungsplan für das Vorhaben Nord Stream 2 in Deutschland**



## Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungen und Begriffsbestimmungen .....</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>5</b>
<b>1 Kurzbeschreibung des Vorhabens .....</b>	<b>7</b>
1.1 Projektüberblick .....	7
1.2 Das Projekt Nord Stream 2 in Deutschland .....	8
1.3 Bedeutsame, nicht dem Vorhaben zurechenbare Maßnahmen und Anlagen .....	9
1.4 Realisierungsphasen des Vorhabens .....	10
<b>2 Geltende Anforderungen an die Stakeholder-Beteiligung .....</b>	<b>10</b>
2.1 Gesetzliche Anforderungen an die Öffentlichkeitsbeteiligung nach deutschem Planfeststellungsverfahren .....	10
2.2 Anforderungen aus internationalen Übereinkommen .....	11
2.3 Performance Standards internationaler Finanzinstitutionen .....	11
2.4 Interne Leitlinien und Standards .....	12
<b>3 Zusammenfassung sozioökonomischer und umweltrelevanter Aspekte .....</b>	<b>12</b>
3.1 Gesundheit, Schutz und Sicherheit für örtliche Gemeinden .....	13
3.2 Grundeigentümer .....	14
3.3 Kompensationsmaßnahmen .....	14
3.4 Tourismus und Ökosystemdienstleistungen .....	14
3.5 Fischerei .....	15
3.6 Biodiversität .....	15
3.7 Kulturerbe .....	16
3.8 Marine Infrastruktur und Militäraktivitäten im Seegebiet .....	16
3.9 Grenzüberschreitende Aspekte .....	16
<b>4 Identifizierung von Stakeholdern .....</b>	<b>16</b>
4.1 Übersicht .....	16
4.2 Betroffene Stakeholder .....	18
4.3 Interessierte Kreise .....	22
<b>5 Bisher durchgeführte Aktivitäten zur Stakeholder-Beteiligung .....</b>	<b>24</b>
5.1 Stellungnahmen bzw. aufgeworfene Fragen .....	25
<b>6 Beteiligungs-Plan .....</b>	<b>26</b>
6.1 Mittel zur Beteiligung .....	26
6.2 Offenlegung von Informationen .....	28

---

6.3	Stakeholder-Beteiligungsprogramm .....	30
<b>7</b>	<b>Datenmanagement im Rahmen der Stakeholder-Beteiligung .....</b>	<b>33</b>
7.1	Mittel für die Entgegennahme von Stakeholder-Feedback .....	33
7.2	Feedback-Management im UVP-Verfahren .....	34
7.3	Feedback-Management im Espoo-Verfahren .....	35
7.4	Beschwerdemechanismus.....	36
<b>8</b>	<b>Personalressourcen und Implementierung.....</b>	<b>39</b>
<b>9</b>	<b>Überwachung und Berichtswesen .....</b>	<b>39</b>
<b>10</b>	<b>Anhänge.....</b>	<b>40</b>
	<b>Anhang 1 – Liste der Stakeholder für das Vorhaben .....</b>	<b>41</b>

### Abkürzungen und Begriffsbestimmungen

<b>Betroffene Gemeinden</b>	Lokale Gemeinden, die unmittelbar von dem Vorhaben betroffen sind
<b>BBergG</b>	Bundesberggesetz
<b>BNatSchG</b>	Bundesnaturschutzgesetz
<b>Unternehmen</b>	Nord Stream 2 AG
<b>Auftragnehmer</b>	Jede juristische oder natürliche Person, die Leistungen im Auftrag des Unternehmens ausführt
<b>Kumulative Auswirkung</b>	Kombinierte Auswirkung mehrerer/verschiedener Wirkfaktoren, die im Raum verteilt sind oder kombinierte Auswirkung eines Wirkfaktors über die Zeit.
<b>GasHDrLtG</b>	Gashochdruckleitungsverordnung
<b>GET</b>	Gasempfangsterminal
<b>AWZ</b>	Ausschließliche Wirtschaftszone
<b>UVP</b>	Umweltverträglichkeitsprüfung
<b>EnWG</b>	Energiewirtschaftsgesetz
<b>Espoo-Konvention</b>	Konvention zur Umweltverträglichkeitsprüfung in einem grenzüberschreitenden Zusammenhang von 1991
<b>Espoo-Bericht</b>	Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung in einem grenzüberschreitenden Zusammenhang
<b>GES</b>	Gasempfangsstation
<b>IBA</b>	Für den Arten- und Biotopschutz speziell für Vögel wichtiges Gebiet; engl. <i>Important Bird Area</i>
<b>IFC</b>	Internationale Finanz-Korporation; engl. <i>International Finance Corporation</i>
<b>IFIs</b>	Internationale Finanzinstitutionen
<b>NRO</b>	Nichtregierungsorganisation
<b>NSP2</b>	Nord Stream 2 Projekt
<b>NSP1</b>	Nord Stream 1 Projekt
<b>PID</b>	Projektinformationsdokument
<b>Vorhaben</b>	Das Bauvorhaben zur Errichtung der Nord Stream 2 Haupt-Gashochdruckleitungen (Pipelines)
<b>PS</b>	Performance Standards (Leistungsstandard)
<b>MSA</b>	Molchschleusenanlage; engl. <i>Pig Trap Area – PTA</i>
<b>SBP</b>	Stakeholder-Beteiligungs-Plan; engl. <i>Stakeholder Engagement Plan – SEP</i>
<b>Stakeholder</b>	Personen oder Gruppen, deren Belange von der Durchführung des Vorhabens betroffen sind, oder die in der Lage sind, Einfluss zu nehmen (Betroffene/r, Beteiligte/r, Interessen- bzw. Belangsträger/in, -vertreter/in, -gruppe).
<b>HG</b>	Hoheitsgewässer (Küstenmeer)

## Zusammenfassung

### Hintergründe zum Vorhaben Nord Stream 2

Das Vorhaben Nord Stream 2 (im Folgenden kurz „das Vorhaben“) umfasst die Planung, den Bau und den Betrieb einer neuen und strategisch bedeutsamen Doppelstrang-Seepipeline (im Folgenden kurz „die Pipeline“) zur Versorgung von Verbrauchern in Europa mit Erdgas aus russischen Vorkommen. Mit dem Vorhaben wird eine Versorgungskapazität von 55 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas pro Jahr erreicht. Nach Stand der Planung hat die Pipeline eine Länge von ungefähr 1.200 km und verläuft von Russland nach Deutschland durch die Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZs) und/oder die Hoheitsgewässer von Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland (die „Projektstaaten“) durch die Ostsee. Die Planung, der Bau und der anschließende Betrieb der Pipeline werden durch die speziell zu diesem Zweck gegründete Nord Stream 2 AG (im Folgenden kurz „das Unternehmen“) verantwortet.

Die Nord Stream 2 AG ist sich der zentralen Bedeutung einer umfassenden Stakeholder-Beteiligung bewusst. Diese soll dazu beitragen, belastbare, konstruktive und verantwortungsvolle Beziehungen aufzubauen, die für den Erfolg im Umgang mit den vorhabenbezogenen Umwelt- und sozialen Auswirkungen entscheidend sind. Mit seinem Stakeholder-Beteiligungsprozess verfolgt das Unternehmen das Ziel, vorhabenbezogene Informationen offenzulegen und den Stakeholdern damit die Gelegenheit zu geben, Ihre Ansichten vorzutragen und etwaige Bedenken zu identifizieren. Die Ansichten/Bedenken, die während des Konsultationsverfahrens vorgelegt werden, werden bei der Erstellung und der Überarbeitung der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen und der Managementpläne für das Vorhaben genauso berücksichtigt wie für seine weitere technische Planung.

### Ansatz der Nord Stream 2 AG für eine Beteiligung von Stakeholdern

Das Unternehmen implementiert vorhabenweit für das Nord Stream 2 Projekt einen Stakeholder-Beteiligungsprozess (*stakeholder engagement process*), der durch entsprechende nationale Stakeholder-Beteiligungspläne (SBPs) für die einzelnen Staaten gesteuert wird. Die SBPs wurden nach einheitlichen Kriterien erarbeitet, welche die Anforderungen der Performance Standards (PS) der Internationalen Finanz-Korporation (IFC) erfüllen. Dabei wird gleichzeitig sichergestellt, dass länderspezifische Vorschriften berücksichtigt werden können. Der Stakeholder-Beteiligungsprozess wurde in den frühen Phasen der Projektentwicklung begonnen und wird sich über den gesamten Lebenszyklus des Projekts weiterentwickeln. Um diesem Entfaltungsprozess Rechnung zu tragen, sind die SBPs als „lebendige“ Dokumente ausgestaltet, die im Verlauf des Lebenszyklus des Vorhabens je nach Bedarf aktualisiert werden.

Wenngleich die Anforderungen der *Performance Standards* der IFC insgesamt weitgehend mit den nationalen Anforderungen an Umweltverträglichkeitsprüfungen in den fünf Projektstaaten übereinstimmen, können einige Unterschiede bestehen, die zusätzliche Prüfungen und Pläne erfordern (beispielsweise in Bezug auf kumulative Auswirkungen, Ökosystemdienstleistungen oder soziale Auswirkungen), um nachzuweisen, dass das Vorhaben die *Performance Standards* der IFC erfüllt. Es ist denkbar, dass für derartige Prüfungen/Pläne zusätzliche Stakeholder-Beteiligungen erforderlich werden.

Zukünftige Überarbeitungen der SBPs sind bereits insofern vorgesehen, als dass sich das Vorhaben während Errichtung, Betrieb und Außerbetriebnahme weiterentwickelt.

Die Mitarbeiter des Projekts und der auftraggebenden Organisationen sind nicht Gegenstand des vorliegenden Plans. Diese Belange werden über andere Verfahrensunterlagen wie den Umwelt- und Sozialmanagementplan gesteuert, die für das Vorhaben entwickelt werden.

## **Stakeholder-Beteiligung in Deutschland**

Dieser SBP gilt für den Teil des Vorhabens, welcher der Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland unterliegt und deckt die Planung, den Bau, den Betrieb und die Außerbetriebnahme der im Rahmen des Vorhabens errichteten Anlagen ab.

Die Maßnahmen zur Außerbetriebnahme werden zum Ende des Betriebs des Pipelinesystems durchgeführt werden, wobei gegenwärtig nicht vorhersehbar ist, welche Verfahren hierbei möglicherweise anzuwenden sind. Demzufolge können im Moment ebenso wenig die Risiken, die mit diesen Maßnahmen verbunden sein könnten, vorhergesehen werden, sodass auch nicht festgelegt werden kann, welche participationsmaßnahmen in diesem Zusammenhang und nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu diesem Zeitpunkt erforderlich sein werden.

Darüber hinaus kann eine Stakeholder-Beteiligung auch für „Neben- bzw. Anbindungsanlagen (*Associated Facilities*)“ von Drittunternehmen, wie in Abschnitt 1.3 ersichtlich, angebracht sein.

Der vorliegende SBP für Deutschland ist wie folgt gegliedert:

- Abschnitt 1 enthält eine kurze Beschreibung des Vorhabens im deutschen Zuständigkeitsbereich und die damit verbundenen Maßnahmen, einschließlich planerischer Elemente und potenzieller umweltrelevanter und sozialer Aspekte.
- Abschnitt 2 enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen umzusetzenden nationalen und internationalen gesetzlichen Anforderungen.
- Abschnitt 3 fasst wesentliche sozioökonomische und umweltrelevante Aspekte zusammen.
- Abschnitt 4 enthält eine Übersicht zur Identifikation von Stakeholdern.
- Abschnitt 5 enthält eine kurze Darstellung über bisher durchgeführte Aktivitäten zur Stakeholder-Beteiligung.
- Abschnitt 6 enthält eine Darstellung der geplanten Aktivitäten zur Stakeholder-Beteiligung.
- Abschnitt 7 enthält Informationen darüber, wie die Daten im Zusammenhang mit der Stakeholder-Beteiligung verwaltet werden.
- Abschnitt 8 enthält Informationen darüber, wie das Unternehmen die Umsetzung des SBP und die Stakeholder-Beteiligung im Hinblick auf das/die dafür erforderliche/n Personal/Mitarbeiter anstrebt.
- Abschnitt 9 enthält Informationen über begleitende Überwachungsmaßnahmen und Berichte.

## **1 Kurzbeschreibung des Vorhabens**

### **1.1 Projektüberblick**

Im Rahmen des Vorhabens ist die Errichtung eines Unterwasserpipeline-Doppelstrangs für den Export von jährlich 55 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas geplant, das über die Pipeline aus Russland bis zur Anlandungsstelle bei Lubmin in dem deutschen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern transportiert wird. Das Vorhaben kann auf den praktischen Erfahrungen aufbauen, die im Zuge des erfolgreich errichteten und in Betrieb befindlichen Vorgängervorhabens, dem Nord Stream 1 Projekt (NSP1), gewonnen wurden. Die Trassenführung für die gesamte Nord Stream 2 Pipeline ist in der Abbildung 1 unten dargestellt.

Abbildung 1 Übersichtslageplan mit Darstellung des Trassenverlaufs für die Nord Stream 2 Pipeline

Die Bestandteile des Vorhabens Nord Stream 2 im deutschen Zuständigkeitsbereich werden in Abschnitt 1.2 unten beschrieben. Der Weitertransport des Erdgases von den vorhabeneigenen Anlagen am Standort Lubmin erfolgt über vorhandene Erdgasleitungen (z. B. die NEL-Leitung) oder neue Erdgasleitungen (z. B. die Ferngasleitung EUGAL) bzw. Komponenten des Erdgasnetzwerkes in Deutschland, die selbst nicht Teil des Vorhabens Nord Stream 2 sind. Diese und andere relevante Anlagen/Maßnahmen, die nicht zum Vorhaben selbst zählen, werden in Abschnitt 1.3 beschrieben.

## 1.2 Das Projekt Nord Stream 2 in Deutschland

Zu den Komponenten des Vorhabens im deutschen Zuständigkeitsbereich zählen landseitige (*onshore*) und seeseitige (*offshore*) Anlagen.

Der Abschnitt der Pipelinetrasse durch die deutsche AWZ und das deutsche Küstenmeer ist ca. 83 km lang. Die Pipelinetrasse tritt südöstlich von Adlergrund in die deutsche AWZ ein. Der weitere Trassenverlauf bis zur Anlandungsstelle westlich des Hafens Lubmin ist in der Abbildung 2 dargestellt.

### **Abbildung 2 Trasse durch die deutsche AWZ und das Küstenmeer mit Anlandungsstelle (Landfall)**

Im küstennahen Flachwassergebiet des Greifswalder Boddens und östlich der Insel Rügen werden die Pipelines auf einer Länge von ca. 50 km im Rohrgraben verlegt, welcher rückverfüllt wird. Im Anlandungsbereich werden die Pipelines durch zwei parallele ca. 700 m lange Mikrotunnel geführt, die landseitig in der Molchschleusenanlage (MSA) beginnen und seeseitig ca. 300 m vor der Küste austreten. Die Pipeline endet in der MSA innerhalb der Empfangsstation im Industriegebiet von Lubmin, wie in Abbildung 3 dargestellt.

Zum Empfangsterminal zählt ebenfalls eine Gasempfangsstation (GES), die nicht Gegenstand/Teil des Vorhabens Nord Stream 2 ist. Auf die GES wird in Abschnitt 1.3 weiter eingegangen. Die GES und die MSA werden gleichzeitig errichtet.



### **Abbildung 3 Anlandung (Landfall) mit landseitig zu errichtenden Anlagen**

In den Prozess zur Beteiligung der Stakeholder für das Vorhaben Nord Stream 2 werden auch projektbezogene Maßnahmen in und/oder unter Verwendung von Anlagen von Drittunternehmen einbezogen.

Das Unternehmen wird als Eigentümer und Betreiber des Offshore-Pipelinesystems agieren. Das Pipelinesystem Nord Stream 2 wird im Betrieb von der Hauptleitstelle in Zug (Schweiz) aus überwacht und gesteuert. Falls die Hauptleitstelle nicht verfügbar ist, steht eine Ersatzleitstelle zur Verfügung.

Planmäßige Wartungsarbeiten und Inspektionen werden in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und der international anerkannten Branchenpraxis durchgeführt. Sämtliche Maßnahmen im Rahmen von Großwartungen werden während einer jährlichen Abschaltung in den Monaten außerhalb des Winters durchgeführt.

#### **1.3 Bedeutsame, nicht dem Vorhaben zurechenbare Maßnahmen und Anlagen**

Neben- bzw. Anbindungsanlagen (*associated facilities*) sind definiert als Anlagen oder Maßnahmen, die nicht Finanzierungsgegenstand des Nord Stream 2 Projekts sind. Zu den Neben- bzw. Anbindungsanlagen im deutschen Abschnitt zählen:

- Gasrohrleitungen von der MSA zur GES

- die GES
- die Gasrohrleitung zur Anbindung der GES an die vorhandene NEL-Pipeline
- Teile der neu geplanten Europäischen Gas-Anbindungsleitung (EUGAL)

#### **1.4 Realisierungsphasen des Vorhabens**

Für die Realisierung des Vorhabens auf deutschem Gebiet ist folgender Zeitenplan vorgesehen:

- UVP und Planfeststellung (Genehmigung): Q4 2016 – Q1 2018
- Bauausführung – Q1 2018 – Q3 2019
- Inbetriebnahme – Ende 2019
- Betrieb – von Ende 2019 an (voraussichtliche Betriebslebensdauer beträgt bis zu 50 Jahre)
- Außerbetriebnahme – nach Ablauf der Betriebslebensdauer

## **2 Geltende Anforderungen an die Stakeholder-Beteiligung**

Die in diesem SBP beschriebenen Aktivitäten zur Stakeholder-Beteiligung werden nach den folgenden Anforderungen durchgeführt:

- nationale gesetzliche Anforderungen in Deutschland
- Anforderungen aus internationalen Übereinkommen
- Normen und Richtlinien der Internationalen Finanz-Korporation (IFC)

### **2.1 Gesetzliche Anforderungen an die Öffentlichkeitsbeteiligung nach deutschem Planfeststellungsverfahren**

**Küstenmeer/Hoheitsgewässer (12 sm-Zone).** Nach § 43 Energiewirtschaftsgesetz (im Folgenden kurz „EnWG“) ist für die Errichtung und den Betrieb von Gasversorgungsleitungen mit einem Durchmesser von mehr als 300 mm in der 12 sm-Zone ein Planfeststellungsbeschluss erforderlich. Im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses wurde der zuständigen Behörde eine umfassende Umweltprüfung vorgelegt und es erfolgte eine entsprechende verfahrenskonforme Öffentlichkeitsbeteiligung. Zusätzlich ist für den Bau und Betrieb von Gashochdruckleitungen ein Verfahren zur technischen Prüfung einzuhalten. Diese Prüfung erfolgt jedoch ohne öffentliche Konsultation (nichtöffentliches Verfahren). Gemäß § 43, Abs. 1 des EnWG ist das Bergamt Stralsund die für das Planfeststellungsverfahren zuständige Behörde. Das Bergamt Stralsund hat den Plan am 31. Januar 2018 in einem entsprechenden Planfeststellungsbeschluss festgestellt.

**Ausschließliche Wirtschaftszone.** In der deutschen AWZ ist hinsichtlich der Ordnung der Nutzung und Benutzung der Gewässer über dem Festlandsockel und des Luftraumes über

diesen Gewässern ein Genehmigungsverfahren nach § 133 (Bundesberggesetz, im Folgenden kurz „BBergG“) erforderlich. Den zuständigen Behörden wurde ein Bericht über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wurde ein entsprechendes Anhörungsverfahren durchgeführt. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie hat gemäß § 133, Absatz 1, Satz 1, Nr. 2 BBergG am 27. März 2018 die Genehmigung erteilt.

In Bezug auf die technische Prüfung der geplanten Pipeline ist gemäß § 133, Absatz 1, Nr. 1 eine Genehmigung in bergbaulicher Hinsicht notwendig. Dieses Genehmigungsverfahren erforderte keine Öffentlichkeitsbeteiligung. Das Bergbauamt hat die Genehmigung für den Bau am 2. November 2017 und für den Betrieb am 16. März 2018 erteilt.

**Konzentriertes Verfahren.** Die Genehmigungsanträge wurden in einem konzentrierten Verfahren zusammengefasst; dabei handelt es sich um einen einzigen Antrag auf Planfeststellung/Genehmigung mit der dazugehörigen Unterlagensammlung (z. B. UVP). Der Antrag auf Planfeststellung und die Antragsunterlagen (der Plan) waren öffentlich zugänglich und wurden den betroffenen Behörden und sonstigen Stakeholdern wie Umweltschutzorganisationen (NROs) zugesendet. Insofern war die öffentliche Auslegung und Anhörung auf ein einziges Verfahren in einem „konzentrierten“ Genehmigungsantragsverfahren begrenzt. Davon unberührt ergingen durch die zuständigen Behörden eigenständige/getrennte Entscheidungen bezüglich der Genehmigungsanträge. Die Genehmigungsbescheide ergingen mit Auflagen/Bedingungen in Bezug auf eine weitere Stakeholder-Beteiligung.

## 2.2 Anforderungen aus internationalen Übereinkommen

**Konvention zur Umweltverträglichkeitsprüfung in einem grenzüberschreitenden Zusammenhang (Espoo-Konvention).** Die Espoo-Konvention stellt ein Instrument zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsbeteiligung für Vorhaben dar, deren Umweltauswirkungen grenzüberschreitender Natur sein könnten. Darin werden die Rechten und Pflichten der Staaten festgelegt, soweit sie die Prüfung der zu erwartenden Umweltauswirkungen der geplanten Maßnahmen betreffen. Das Espoo-Verfahren für das Vorhaben soll weitgehend parallel zu den nationalen UVP-Verfahren durchgeführt werden.

**Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention).** Das Übereinkommen reguliert den Zugang zu Informationen, den dafür vorzusehenden zeitlichen Rahmen und die Art der Verteilung von Informationen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren.

## 2.3 Performance Standards internationaler Finanzinstitutionen

**Die Performance Standards der IFC** (2012 überarbeitet) sind international anerkannte Standards für ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien, die von der IFC (als Teil/Tochtergesellschaft der Weltbankgruppe für private Investitionsvorhaben) und einer Reihe von großen kommerziellen Banken und Kreditversicherungen im Rahmen der sogenannten Äquator-Prinzipien (engl. *Equator Principles*) angewendet werden. Im Hinblick auf den Stakeholder-Beteiligungsprozess ist insbesondere der Performance Standard 1 von Bedeutung: „Bewertung und Management von Umwelt- und sozialen Risiken und Auswirkungen“.

Aus dem PS 1 ergeben sich in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung die folgenden wesentlichen Anforderungen:

- Identifizieren und Bewerten von vorhabendigen umweltrelevanten und sozialen Risiken und Auswirkungen
- Umsetzen der Hierarchie der Eingriffsminimierung, mit der Risiken und Auswirkungen vorhergesehen und vermieden bzw. minimiert werden können; dort wo eine Vermeidung nicht möglich ist: Kompensieren/Ausgleichen der verbleibenden Risiken und Auswirkungen für/auf Arbeiter, Gesellschaft und die Umwelt
- Fördern einer verbesserten Umwelt- und Sozialleistung durch den Einsatz wirksamer Managementsysteme
- Sicherstellen einer angemessenen Beantwortung und Lenkung aller Beschwerden/Einwände von betroffenen Personen, Gruppen und Gemeinden und der externen Kommunikation von sonstigen Stakeholdern
- Fördern und Bereitstellen von Mitteln zur angemessenen Beteiligung und Einbeziehung von betroffenen Gemeinden über den gesamten Projektzyklus in Bezug auf Sachverhalte, die diese potenziell betreffen könnten und Sicherstellen einer Offenlegung und Verteilung aller Informationen, die in Bezug auf Umwelt- und soziale Aspekte relevant sind.

Die Anforderungen der **Äquator-Prinzipien (EP III)** an die Öffentlichkeitsbeteiligung sind im Wesentlichen in den Prinzipien 5 (Stakeholder-Beteiligung), 6 (Beschwerdemanagement) und 10 (Berichterstattung und Transparenz), sowie in den IFC Performance Standards 1 und 7 (2012) reflektiert, auf die in den EP III explizit verwiesen wird. Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird als ein wesentlicher Vorgang eines jeden Vorhabens verstanden, um dessen Qualität und Ziele nachhaltig zu sichern. Die Anforderungen der Äquator-Prinzipien in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung ähneln den Anforderungen der IFC.

## **2.4 Interne Leitlinien und Standards**

Im Rahmen des Umwelt- und Sozialmanagementsystems für Nord Stream 2 wurden Abläufe/Verfahren und Leitlinien/Grundsätze entwickelt und umgesetzt, die unter anderem den Prozess der Stakeholder-Beteiligung betreffen.

## **3 Zusammenfassung sozioökonomischer und umweltrelevanter Aspekte**

Der Beteiligungsplan orientiert sich an den ökologischen/umweltrelevanten und sozialen Aspekten im Zusammenhang mit dem Vorhaben und den potenziellen Risiken für Umwelt und Gesellschaft bzw. Gemeinden.

Die potenziell wichtigsten sozioökonomischen und umweltrelevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der bevorzugten Trasse für das Vorhaben wurden im Rahmen der bisher durchgeführten Verträglichkeitsprüfungen identifiziert, einschließlich der Verträglichkeitsprüfungen, die dem Genehmigungsantrag beiliegen und der Sozialverträglichkeitsprüfung.

### 3.1 Gesundheit, Schutz und Sicherheit für örtliche Gemeinden

Die lokale Gemeindestruktur ist überwiegend durch Dörfer und Kleinstädte mit bis zu 9.560 Einwohnern geprägt.

Die örtliche Notfallinfrastruktur am Standort Lubmin ist ausreichend, um auf vorstellbare Notfallsituationen – beispielsweise Brände – während der Bau- und Betriebsphase von NSP2 zu reagieren. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus einer umfassenden Prüfung und Bewertung der lokalen medizinischen Infrastruktur hinsichtlich des Versorgungsbedarfs des Personals, das während der Bauphase des Vorhabens eingesetzt wird. Diese Untersuchungen wurden in Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Behörden durchgeführt.

#### **Gemeinden im Amtsgebiet Lubmin**

Lubmin ist der Ort mit dem geringsten Abstand zur MSA/Anlandung und befindet sich ca. 1 km westlich von diesen Anlagen. Weitere Orte im Umkreis von 10 km um die Anlandung in Lubmin sind einschließlich deren Einwohnerzahl in Tabelle 1 dargestellt.

**Tabelle 1: Einwohnerzahl der Gemeinden in einem Umkreis von 10 km von Lubmin (2015)**

Gemeinde	Einwohnerzahl	Weiblich	Männlich
Lubmin	2.120	1.097	1.023
Wusterhusen	1.158	573	585
Loissin	773	354	419
Brünzow	621	309	312
Kemnitz	1.105	547	558
Neu Boltenhagen	610	297	313
Rubenow	791	391	400
Kröslin	1.807	908	899
Peenemünde	249	102	147
<b>INSGESAMT</b>	<b>9.234</b>	<b>4.578</b>	<b>4.656</b>

Das nächstgelegene Krankenhaus mit Notfallversorgung befindet sich in einer Entfernung von 19,6 km von der Anlandungsstelle. Der nächstgelegene Rettungshubschrauber startet von Greifswald aus. Die nächstgelegene Rettungswache befindet sich in einer Entfernung von ca. 5 km. Die Freiwillige Feuerwehr Lubmin ist für Notfälle im Anlandungsbereich zuständig. Ein objektbezogener Feuerwehreinsatzplan liegt als Teil der Maßnahmen bzw. der Pläne für Großschadensereignisse im Rahmen des vorbeugenden Katastrophenschutzes und des Sonderschutzplanes des Landkreises Vorpommern-Greifswald vor.

Für die Umsetzung des Vorhabens wird das örtliche Straßennetz sowohl für den Transport des Baustellenpersonals zwischen deren Unterbringungen und Baustellen als auch für den Transport von Baustoffen von und zu deren Einbauorten genutzt.

### **3.2 Grundeigentümer**

Alle benötigten Flächen am Standort Lubmin liegen in ausgewiesenen Industriegebieten, sodass keine Umsiedelungen von betroffenen Einwohnern erforderlich waren.

Die Anlandung und die Gasempfangsstation für die Nord Stream 2 Pipeline in Lubmin werden südwestlich des Industriehafens von Lubmin errichtet. Dieses Gebiet ist als Industriegebiet für Projektentwicklungen mit erhöhtem Platzbedarf ausgewiesen.

### **3.3 Kompensationsmaßnahmen**

NSP2 ist gesetzlich dazu verpflichtet, für die unvermeidbaren Beeinträchtigungen, die im Zusammenhang mit dem Bau und dem Betrieb der Pipelines im deutschen Trassenabschnitt entstehen, Kompensationsmaßnahmen umzusetzen. Da die Beeinträchtigungen durch den Bau und den Betrieb der Pipelines überwiegend auf das Gebiet des Greifswalder Boddens wirken, zielt die Kompensation entsprechend auf dieses Gebiet. Für das gesamte Gebiet des Greifswalder Boddens wurden insgesamt mehr als 20 Optionen für die Kompensation der Eingriffe intensiv durch interne und externe Umweltsachverständige untersucht. Von den dem Bergamt Stralsund vorgeschlagenen Maßnahmen wurden die Maßnahmen Fischlandwiesen, Polder Bargischow sowie die Nachrüstung der Kläranlagen in Stralsund und Greifswald genehmigt.

### **3.4 Tourismus und Ökosystemdienstleistungen**

Das Gebiet um Lubmin wird als Erholungsgebiet genutzt. Dazu zählen die Unterbringung in Ferienunterkünften, die Nutzung der Strände, Segeln, Kitesurfen und Angeln ausgehend von Lubmin und anderen Marinas.

Die Marina Lubmin grenzt an den Industriehafen. Sie bietet 180 Liegeplätze und einen idealen Zugang zum Segelrevier „Greifswalder Bodden“ um Rügen und Usedom. Segeln und Camping sind Aktivitäten, die während der kompletten Bauphase von NSP2 ohne Einschränkungen durchführbar sein werden, da der Zugang zum Meer offen bleibt. An der Marina Lubmin befindet sich eine Kiteschule („Ostsee Kiteschule“). Sie nutzt den Zugang zum Strand im Anlandungsbereich. Der Strand wird für Spaziergänge und zum Baden genutzt. Berichten zufolge nutzen Touristen und Einwohner den Bereich des Kais am Hafen von Lubmin zum Angeln. Die Marina Lubmin ist vom Ort Lubmin aus über zwei küstenparallele Wege zu erreichen, die durch den Dünenwald führen, welcher von Einheimischen und Touristen genutzt wird. Da die Querung des küstennahen Bereiches und des Strandes anhand von Mikrotunneln erfolgt, gibt es an Land keine Einschränkungen und auf See lediglich sehr begrenzte Zugangsbeschränkungen für Erholungsaktivitäten. Die Zugänglichkeit zur Marina, zum Strand, zum Campingplatz und zur Kiteschule über den Freesendorfer Weg wird während der Bauphasen durchgängig gewährleistet bleiben. Das Jagen von Wild oder das Sammeln von Waldprodukten finden im für das Projekt



relevanten Untersuchungsgebiet nicht statt. Aufgrund der industriellen Betriebe sowie der Freizeit- und Erholungsaktivitäten und der damit verbundenen Geräuschkulisse, ist das Wild in das Waldgebiet südlich des Standortes von NSP2 abgewandert.

Die Inseln Usedom und Rügen sind wichtig für den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Rügen ist die Insel, welche den geringsten Abstand zur Anlandungsstelle von NSP2 und den küstennahen Projektabschnitt aufweist. Bei den Rügenurlaubern sind der Besuch der Strände und der malerischen Küsten sowie wetterabhängige Aktivitäten wie Baden/Schwimmen, Kitesurfen, Bootfahren und Angeln beliebt. Der Nationalpark Jasmund, das Biosphärenreservat im Südosten Rügens, und der Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft gehören zu den beliebtesten Touristenzielen. Mit 22 Jachthäfen auf der Insel Rügen zählt Segeln zu den wichtigsten Aktivitäten an der Küste, dicht gefolgt von Angeln und Baden. Die Gewässer rund um Rügen sind während der Sommermonate bei Seglern und Anglern gleichermaßen beliebt.

### **3.5 Fischerei**

Der von der Anlandungsstelle Lubmin aus nächstgelegene Fischereihafen befindet sich in Freest, ca. 5 km östlich der Anlandung. Nach Informationen aus dem Jahr 2010 ist er als Genossenschaft mit insgesamt 81 Mitgliedern organisiert. Dazu zählen 28 Fischereiunternehmen, welche 54 Fischereifahrzeuge betreiben (überwiegend kleine Kutter mit einer Länge von maximal 18 m). Auch Gastfischer haben die Möglichkeit, die Anlagen zu nutzen und ihren Fang im Hafen Freest zu löschen und zu vermarkten.

Der Greifswalder Bodden und die Außenküste der Insel Rügen sind bedeutende deutsche Fischfanggebiete, insbesondere für den Fang von Hering. Die Schleppnetzfischerei wird in Deutschland vorwiegend auf Dorsch und gelegentlich auf Flunder und Scholle betrieben, bringt jedoch erhebliche Mengen Beifang an anderen Plattfischen wie Scharbe, Stein- oder Glatthead ein. Die Stellnetzfischerei in Deutschland ist auf Dorsch und diverse Plattfischarten ausgerichtet.

Kompensationsvereinbarungen werden mit den Fischereiverbänden/Spartenverbänden getroffen. Die Verbände sind angehalten, individuelle Fischer in ihren Vereinbarungen einzuschließen.

### **3.6 Biodiversität**

Die Pipelinetrasse verläuft in der Nähe von acht Natura 2000-Gebieten oder durchquert diese, darunter fünf Besondere Schutzgebiete (*Special Conservation Areas*) und drei europäische Vogelschutzgebiete – (*Special Protection Areas*). Zu den Schlüsselarten zählen Kegelrobbe, Seehund, Schweinswal, Otter, Neunauge, Finte, Stör und mehr als 50 Vogelarten von besonderer Bedeutung). Zu den wesentlichen Lebensraumtypen zählen Sandbänke, Lagunen des Küstenraumes (Strandseen), flache große Meeresarme und -buchten, Riffe, Primärdünen und Steilküsten mit Vegetation. Zu den Auswirkungen, die mit den Baumaßnahmen unter Wasser verbunden sind, gehören physikalische Störungen des Meeresbodens, Freisetzungen von Sedimenten, die Erzeugung von Unterwasserlärm und Lichtemissionen von Schiffen. Alle potenziellen Umweltauswirkungen wurden in den öffentlich ausgelegten Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren bewertet.

### 3.7 Kulturerbe

In der Nähe zur geplanten Trasse für die Offshore-Pipeline auf deutschem Gebiet wurden Kulturgüter identifiziert, darunter beispielsweise Schiffswracks. Für derartige Objekte werden Maßnahmen zur Eingriffsregelung ergriffen, die mit den nationalen Behörden abgestimmt werden. Um die Identifizierung und den Schutz von ggf. zufällig angetroffenen Kulturgütern auf geordnete Weise zu gewährleisten, wird ein Verfahren für Zufallsfunde angewendet.

### 3.8 Marine Infrastruktur und Militäraktivitäten im Seegebiet

Die Pipelinetrassen für das Vorhaben werden in der deutschen AWZ und im deutschen Küstenmeer sieben Schifffahrtswege queren.

In der deutschen AWZ und im deutschen Küstenmeer gilt es eine Reihe von vorhandenen und geplanten Infrastrukturanlagen zu berücksichtigen, sodass ein geeignetes Management und Abstimmungen mit den Betreibern dieser Fremdanlagen erforderlich sind, um Auswirkungen zu vermeiden. Folgende Infrastrukturanlagen sind von Bedeutung:

- Die Pipelines für das Vorhaben werden bis zu neun vorhandene bzw. geplante Kabel aus dem Zuständigkeitsbereich der 50Hertz Offshore GmbH kreuzen.
- Die Pipelinetrasse für das Vorhaben quert ein vorhandenes Kabel für die Windparks „OWP Wikinger“ und „OWP Arkona-Becken Südost“, die nordwestlich der Pipelinetrasse für Nord Stream 2 liegen.

Die Trasse für das Vorhaben durchquert militärische Übungsgebiete in der deutschen AWZ und im Küstenmeer um Rügen. Bei diesen Militärübungsgebieten handelt es sich um ein Gebiet für Zielübungen und zwei Gebiete für Artillerieschießübungen.

### 3.9 Grenzüberschreitende Aspekte

Das Vorhaben wird im Bereich der deutschen Grenze zu Dänemark, Schweden und Polen errichtet. Die betroffenen Staaten werden im Rahmen des deutschen Planfeststellungsverfahrens und des Espoo-Verfahrens beteiligt.

## 4 Identifizierung von Stakeholdern

### 4.1 Übersicht

**Gesetzliche Anforderungen in Deutschland.** Die Identifizierung von betroffenen Kreisen und Behörden ist fest im Planfeststellungsverfahren der deutschen Behörden verankert. Der Verfahrensablauf nach deutscher Gesetzgebung sieht vor, dass die Anhörungsbehörde die Stakeholder identifiziert und sie auffordert, ihre Stellungnahmen und Ansichten in Bezug auf die potenziellen Auswirkungen des Vorhabens abzugeben. Nach diesen Rechtsvorschriften der Verfahrenskooperation werden die Stakeholder definiert als „alle Personen oder Gruppen, die



von den deutschen Anhörungsbehörden einbezogen werden, um öffentliche Interessen zu vertreten“<sup>1</sup>.

**Anforderungen gemäß Performance Standards der IFC.** Zusätzlich zu der von den Behörden geleiteten Identifikation von Stakeholdern führt das Unternehmen einen ergänzenden Prozess zur Identifikation der Stakeholder durch. Dabei werden Stakeholder als Personen, Gruppen oder Organisationen identifiziert, die:

- direkt oder indirekt von den positiven oder negativen Auswirkungen des Vorhabens betroffen sein könnten
- ein Interesse an dem Vorhaben haben könnten, umweltrelevante oder soziale Interessen vertreten, die im Zuge der Umsetzung des Vorhabens beeinträchtigt werden könnten, oder die die Umsetzung des Vorhabens potenziell auf verschiedene Weise beeinflussen könnten

Die von dem Vorhaben berührten Stakeholder können weiterhin unterteilt werden in internationale Stakeholder, Stakeholder auf Bundesebene und regionale und örtliche Stakeholder.

- Betroffene Stakeholder: Personen, Gruppen und Organisationen, die direkt oder indirekt von den Auswirkungen des Vorhabens betroffen sein könnten (nachweislich oder potenziell, in positiver oder beeinträchtigender Weise). Zu den betroffenen Stakeholdern zählen empfindliche/anfällige Gruppen (*vulnerable groups*): Personen, die übergebührlig von dem Vorhaben beeinträchtigt werden könnten oder die sich im Vergleich zu anderen öffentlichen Gruppen aufgrund ihrer anfälligen Position in einer benachteiligten Situation befinden. Die Interaktion mit diesen Gruppen kann zusätzliche Anstrengungen erforderlich machen, um sicherzustellen, dass ihre Interessen im Beteiligungs- und Entscheidungsprozess gleichwertig vertreten werden
- Interessierte Kreise: Personen, Gruppen und Organisationen, die nicht notwendigerweise unmittelbar von dem Vorhaben betroffen sind, die jedoch der Auffassung sind, dass das Vorhaben ihre Interessen in anderer Weise berührt und/oder die nicht in der Lage sind, das Vorhaben in irgendeiner Weise zu beeinflussen
- Parteien, die von grenzüberschreitenden Auswirkungen betroffen sein könnten. Im Sinne der Espoo-Konvention zählen hierzu:
  - „Ursprungspartei“ bezeichnet die Vertragspartei oder -parteien dieses Übereinkommens, in deren Hoheitsbereich eine geplante Tätigkeit durchgeführt werden soll.
  - „Betroffene Vertragspartei“ bezeichnet eine oder mehrere Vertragsparteien dieses Übereinkommens, die voraussichtlich von den grenzüberschreitenden Auswirkungen einer geplanten Tätigkeit betroffen sind. In Bezug auf das Vorhaben Nord Stream 2 zählen Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden, Dänemark und Russland zu den betroffenen Vertragsparteien.

<sup>1</sup> Definition laut der gesetzlichen Regelungen der Verfahrenskooperation in Deutschland: (Deutsch: Träger Öffentlicher Belange – TöB): Behörden und andere selbstständige Stellen, die auf grundsätzlich normativer Grundlage mit der Geltendmachung eines öffentlichen Interesses betraut worden sind und denen die Hauptverantwortung für dieses Interesse obliegt (Quelle: Ziekow, Siegel – 2001)

Die Identifikation der Stakeholder wurde unter Berücksichtigung der in Abschnitt 3 dargelegten vorhabenbedingten sozioökonomischen und umweltbezogenen Aspekte durchgeführt, die für entsprechende Stakeholder Relevanz haben. Es werden sowohl Stakeholder identifiziert, die als Personen oder Gruppen durch das Vorhaben beeinflusst werden, als auch solche, die ihrerseits Einfluss auf das Vorhaben ausüben können.

Der zusätzliche Stakeholder-Identifikationsprozess erfolgt auf der Grundlage der verfügbaren Ergebnisse von Bewertungen von Umwelt- und Sozialrisiken und den gegenwärtig verfügbaren sozioökonomischen Informationen. Die Liste der Stakeholder wird im Verlauf des Lebenszyklus des Vorhabens periodisch überprüft und nach Bedarf aktualisiert, um neuen Informationen und der sich entwickelnden Projektsituation Rechnung zu tragen.

Die Stakeholder-Kategorien auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene sind in Anhang 2 zusammengefasst. Aus Anhang 2 gehen auch wesentliche Schlüsselvertreter der einzelnen Stakeholder-Kategorien hervor. Die weitere Herausarbeitung und die Hintergründe in Bezug auf die Identifizierung der betroffenen Kreise werden nachstehend beschrieben.

## **4.2 Betroffene Stakeholder**

Es wurden folgende Gruppen betroffener Stakeholder identifiziert:

- Grundeigentümer
- Kabeleigentümer
- Nutzer von Ökosystemdienstleistungen, einschl. Fischerei
- Örtliche Gemeinden
- Örtliche Behörden
- Kommerzielle Unternehmen

Die betroffenen Gemeinden – darunter die Einwohner von Lubmin und den umliegenden Orten, die Strandbesucher und Nutzer der Marina – werden durch die Behörden und über die zusätzlichen Kommunikationswege einschließlich über die Internetseiten der Behörden und des Unternehmens informiert.

Die Identifikation der betroffenen Stakeholder, die anhand der Berücksichtigung der einzelnen, für sie jeweils relevanten wesentlichen sozioökonomischen und umweltrelevanten Aspekte vorgenommen werden konnte, ist in Tabelle 3 wiedergegeben.

**Tabelle 2 Identifikation der betroffenen Stakeholder**

<b>Sozioökonomischer/umweltbezogener Aspekt</b>	<b>Betroffene Stakeholder</b>
Grundeigentümer in Bezug auf Projekt- und Kompensationsmaßnahmen	EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH
Gemeindliche/r Gesundheit, Schutz, Sicherheit	<p>Örtliche Behörden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Straßenbauamt Neustrelitz</li> <li>• Straßenbauamt Stralsund</li> <li>• Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern</li> <li>• Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V</li> <li>• Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit</li> <li>• Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V</li> </ul> <p>Lokale Gemeinden, wie in Abschnitt 3.1 identifiziert</p> <p>Verwaltungsämter:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Amt Bergen auf Rügen</li> <li>• Amt Lubmin</li> <li>• Amt Usedom-Nord</li> <li>• Ostseebad Binz</li> <li>• Stadt Sassnitz</li> <li>• Amt Mönchgut-Granitz</li> <li>• Amt Anklam-Land</li> <li>• Stadt Putbus</li> </ul> <p>Kommerzielle Unternehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• GASCADE Gastransport GmbH</li> </ul>
Zugang zu Ökosystemdienstleistungen und Fischerei	<p>Tourismus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Marina Lubmin GmbH</li> <li>• Fremdenverkehrsbüros (Lubmin, Usedom-Nord, Bergen auf Rügen, Mukran, Sassnitz, Binz). Über die Fremdenverkehrseinrichtungen können die folgenden Stakeholder erreicht werden:</li> </ul>

Sozioökonomischer/umweltbezogener Aspekt	Betroffene Stakeholder
	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Örtliche Betreiber der Hotels und Ferienunterkünfte in der Umgebung von Lubmin</li> <li>○ Nutzer des Seegebietes, wie beispielsweise die Ostsee Kiteschule</li> </ul> <p>Fischerei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Deutscher Fischerei Verband e.V.</li> <li>• Landesverband der Kutter und Küstenfischer M-V e.V.</li> <li>• Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei</li> <li>• Landesanglerverband M-V e.V.</li> </ul> <p>Behörde</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesforst Mecklenburg-Vorpommern</li> </ul> <p>Lokale Gemeinden, wie in Abschnitt 3.1 identifiziert</p>
Biodiversität	<p>Behörde:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Staatliches Amt für Umwelt und Natur Vorpommern</li> <li>• Staatliches Amt für Umwelt und Natur Mittleres Mecklenburg</li> <li>• Landesforst Mecklenburg-Vorpommern</li> <li>• Landesamt für Naturschutz und Geologie M-V</li> <li>• Landkreis Vorpommern-Rügen</li> <li>• Landkreis Vorpommern-Greifswald</li> </ul> <p>NRO:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasser- und Bodenverband "Rügen"</li> <li>• Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern</li> <li>• Bauernverband Rügen</li> </ul>
Kulturerbe	<p>Behörde</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, LaKD</li> </ul>
Infrastruktur und Militäraktivitäten	<p>Behörde:</p>

Sozioökonomischer/umweltbezogener Aspekt	Betroffene Stakeholder
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt</li> <li>• Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund</li> <li>• Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz</li> <li>• Eisenbahnbundesamt</li> <li>• Marinekommando</li> <li>• Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistung der Bundeswehr</li> </ul> <p>NROs:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Marina Lubmin GmbH</li> <li>• Deutscher Motoryachtverband e.V.</li> <li>• Deutscher Segler-Verband</li> <li>• Verband Deutscher Reeder</li> </ul> <p>Kommerzielle Unternehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gascade</li> <li>• 50Hertz Transmissions GmbH, Netzbetrieb</li> <li>• Deutsche Telekom – Seekabel</li> <li>• E.ON Climate &amp; Renewables CE GmbH</li> <li>• Iberdrola Renovables Offshore Germany GmbH</li> </ul>

**Verwundbare Gruppen.** Als Teil des Prozesses zur Identifizierung von Stakeholdern hat das Unternehmen untersucht, ob es verwundbare Personen/Gruppen gibt, die die Kriterien für die Identifizierung solcher Personen/Gruppen erfüllen, die im *Performance Standard 1* der IFC festgelegt sind. Auf Grundlage der sozioökonomischen Verträglichkeitsprüfung für die touristische Hochsaison wurde geschlussfolgert, dass es keine Einzelpersonen oder Gruppen gibt, die übergebührlig oder ungleich durch die negativen Auswirkungen des Vorhabens beeinträchtigt werden (wie beispielsweise Änderungen der Lebensgrundlagen oder des Gesundheitszustandes) und die entweder a) nicht in der Lage sind, am Beteiligungsprozess teilzunehmen oder b) nicht in der Lage sind, wirksam teilzunehmen. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

- es sind keine Einzelpersonen oder Gruppen vorhanden, die wegen ihrer Rasse, Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Meinungen, nationaler oder sozialer Herkunft, ihres Bildungsstands (Lese- und Schreibfähigkeit), Armutsniveaus, ihrer Eigentumsverhältnisse oder sonstigen sichtbaren Zeichen ihres sozialen Status, sofern

dieser eine Grundlage zur Diskriminierung durch die Mehrheitsbevölkerung bieten könnte, als verwundbar gelten können

- potenziell verwundbare Personen/Gruppen, wie beispielsweise ältere, behinderte oder chronisch erkrankte Menschen, sind wahrscheinlich in informelle soziale Netzwerke integriert oder erhalten staatliche Unterstützung, sodass ihnen damit die Mittel und Wege zur Verfügung stehen, mit denen die meisten Personen mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung an Beteiligungsaktivitäten teilnehmen können, sodass auch sie den Behörden und dem Unternehmen ihre Auffassungen vortragen können

Im Rahmen der Sozialverträglichkeitsprüfung für den Anlandungsbereich haben sich keine Bedenken dahingehend ergeben, dass verwundbare Personen oder Gruppen im untersuchten Projektgebiet durch NSP2 beeinträchtigt werden könnten. Darüber hinaus gewährleistet NSP2 auch weiterhin, dass die Öffentlichkeit neben entsprechenden Versammlungen auch anhand von Pressemitteilungen oder Medienkonferenzen optimal informiert wird.

#### 4.3 Interessierte Kreise

Zu den interessierten Kreisen gehören Gruppen, die durch das Vorhaben nicht direkt betroffen sind, einschließlich die Folgenden (vgl. Anhang 2 für weitere Einzelheiten in Bezug auf einzelne identifizierte interessierte Kreise):

- Stakeholder aus Regierung bzw. Verwaltung: Aufsichts- und Genehmigungsbehörden auf regionaler Ebene und auf Ebene des Bundes, einschließlich Abteilungen und örtliche Verwaltungsstellen für Minderheiten, Umweltmanagement und Umweltschutz (einschließlich Wasserressourcen, Forstwirtschaft, Hydrometeorologie und Bodenmanagement), für Verbraucherrechte und den Schutz des Allgemeinwohls, technische Aufsicht, Katastrophenschutz, Zivilschutz, Beschäftigung und Kulturerbe

Zu den Stakeholdern aus Kreisen der Regierung und Verwaltung, die auf Grundlage der gesetzlichen Anforderungen für die Planfeststellung zuständig sind, zählen:

Bundesbehörden:

- Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, BSH

Landesbehörden:

- Bergamt Stralsund

Die übrigen Behörden werden gemäß den formellen gesetzlichen Anforderungen in gebotener Art und Weise über vorhabenbezogene Belange informiert und konsultiert. Ergänzend dazu finden informelle Abstimmungen statt.

- Vertreter zwischenstaatlicher Kommissionen (Konventionen): Vertreter der Anlaufstellen nach Espoo-Konvention, HELCOM-Vertreter; Vertreter der betroffenen Parteien nach Espoo-Konvention
  - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, BMUB

- Öffentliche Organisationen:
  - Regionale, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, die auf den Schutz von umweltbezogenen, sozialen und ökonomischen Interessen der Bevölkerung abzielen
  - Kulturelle Organisationen; Wissenschaftliche und Forschungs-Organisationen und Labors, sowie Bildungseinrichtungen: Schulen, Universitäten, Hochschulen
  - Öffentliche Organisationen und Vertreter der Staaten, die während des Vorhabens im Sinne der Espoo-Konvention von grenzüberschreitenden Auswirkungen betroffen sind
- Massenmedien und die damit verbundenen Initiativgruppen, einschließlich lokale, regionale und nationale Print- und Rundfunkmedien, soziale Medien

**Tabelle 4 Identifikation der interessierten Kreise**

Sozioökonomischer/umweltbezogener Aspekt	Interessierte Kreise:
Biodiversität und Umwelt	<p>Genehmigungsbehörden</p> <p>Sonstige interessierte Behörden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</li> <li>• Umweltbundesamt</li> <li>• Bundesnetzagentur</li> <li>• Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit</li> <li>• Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung</li> </ul> <p>NROs:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• WWF Deutschland</li> <li>• Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Deutschland e.V.), Naturschutzbund, NABU Deutschland e.V.)</li> <li>• WDCCS Whale and Dolphin Conservation Society (Gesellschaft zum Schutz der Wale und Delfine)</li> <li>• NABU Deutschland e.V.</li> <li>• BUND Deutschland e.V.</li> </ul> <p>Wissenschaftliche bzw. kulturelle Organisationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde</li> </ul>
Ökosystemdienstleistungen	Behörde:

Sozioökonomischer/umweltbezogener Aspekt	Interessierte Kreise:
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt M-V</li> <li>Stadt Greifswald</li> </ul> <p>Wissenschaftliche bzw. kulturelle Organisationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei</li> <li>Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde</li> </ul>
Infrastruktur und Militäraktivitäten	<p>Behörde:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur</li> <li>Bundesministerium für Wirtschaft und Energie</li> </ul> <p>Soziale NROs</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bundesverband Windenergie e.V.</li> <li>Offshore Forum Windenergie GbR</li> </ul>
Grenzüberschreitende Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anlaufstellen nach Espoo-Konvention <ul style="list-style-type: none"> <li>Behörden und Öffentlichkeit in Dänemark und Polen</li> </ul> </li> <li>Helsinki-Kommission, Exekutivsekretär</li> <li>Behörde: Auswärtiges Amt</li> </ul>

## 5 Bisher durchgeführte Aktivitäten zur Stakeholder-Beteiligung

**Nationale UVP und Espoo-Konsultationen.** Während der Planung des Vorhabens wurde ein intensiver Dialog mit Stakeholdern geführt. Im Zusammenhang mit der Zusammenstellung des Antrags auf Planfeststellung hat das Unternehmen Besprechungen mit Stakeholdern abgehalten und mit ihnen relevante Informationen ausgetauscht, um die Planung des Vorhabens an Belange der Stakeholder anzupassen. Seit der Beratung über den Untersuchungsrahmen der UVP (*Scoping*), die 2013 stattgefunden hat, wurden zahlreiche Treffen mit Vertretern von Behörden, Gemeinden und anderen zuständigen bzw. interessierten Kreisen abgehalten. Die Einbeziehung der Stakeholder wurde durch Kommunikations- und öffentliche Informationsmaßnahmen begleitet, darunter Pressemeldungen, Medienkonferenzen, Diskussionsrunden und andere Veranstaltungen. Darüber hinaus waren zur öffentlichen Anhörung im Juli 2017 auch Stakeholder eingeladen, um bei dieser Gelegenheit persönlich Stellung zu nehmen. Während des Anhörungstermins hat das Unternehmen das Vorhaben vorgestellt und Fragen beantwortet. Im Anschluss an die öffentliche Anhörung hat das Unternehmen darüber hinaus baubegleitend



duzende informelle Abstimmungen mit Behörden, NROs, Nutzern von Ökosystemdienstleistungen und kulturellen Organisationen durchgeführt.

**HELCOM-Konsultation.** NSP2 hat auf der 52. und 53. Sitzung der Delegationsleiter der Helsinki-Kommission über das Vorhaben informiert. Die Informationen sind in den HELCOM-Materialien enthalten. Sie sind abrufbar unter [www.helcom.fi](http://www.helcom.fi).

**Fischer.** Um Vereinbarungen mit den Fischereiverbänden zu treffen, hat NSP2 entsprechende Verhandlungen geführt. Es wurden feste Ansprechpartner festgelegt, die für die Dauer der Projektumsetzung beibehalten werden.

**Kabeleigentümer.** Um Vereinbarungen mit den Kabeleigentümern zu treffen, hat NSP2 entsprechende Verhandlungen geführt. Es wurden feste Ansprechpartner festgelegt, die für die Dauer der Projektumsetzung beibehalten werden.

**Bauausführung.** Die laut den Genehmigungsunterlagen geforderten Benachrichtigungen und täglichen Berichte werden den Behörden regelmäßig (täglich und monatlich) übermittelt. Ein Fischerei-Koordinator stellt sicher, dass die Fischer täglich über die Bautätigkeiten informiert werden. Die täglichen Arbeiten werden durch ein marines Koordinierungszentrum (MCC) gesteuert. Darüber hinaus wurden Informationsblätter und Zeichen für Seefahrer und Nutzer des marinen Gebietes in Lubmin und Umgebung verteilt. Gemäß den Bestimmungen der Genehmigungen finden regelmäßige Treffen mit den betroffenen Stakeholdern im Industriegebiet Lubmin statt.

## 5.1 Stellungnahmen bzw. aufgeworfene Fragen

Während der Scoping-Phase zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für die UVP eingangs des Planfeststellungsverfahrens (2013) und der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Veröffentlichung der Antragsunterlagen (April bis Mai 2017) wurden die Stakeholder durch die beiden zuständigen deutschen Behörden (Bergamt Stralsund und Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie) dazu aufgefordert, Ihre Ansichten und Kommentare einzureichen.

Die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erhaltenen Stellungnahmen bezogen sich auf die folgenden Belange:

- Fischerei
- Schutz des Kulturerbes (Denkmalschutz)
- Naturschutz
- Seeverkehr (Schifffahrt)
- Tourismus
- Emissionen
- Alternative Infrastruktur

Die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erreichten Ergebnisse der Stakeholder-Beteiligung wurden als Grundlageninformationen für die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung, die als Teil des Genehmigungsantrags erstellt wurde, sowie für Begleitdokumente gemäß den nationalen Anforderungen genutzt. Die Ergebnisse wurden bei planerischen Entscheidungen für das Vorhaben berücksichtigt, die den Standort einzelner Projektkomponenten betreffen. Darüber

hinaus werden alle vorgetragenen Bedenken von den zuständigen Behörden bei der Planfeststellung/Erteilung der Baugenehmigungen berücksichtigt.

## 6 Beteiligungs-Plan

Wie in Abschnitt 2 dargelegt, wird die vom Unternehmen angestrebte Stakeholder-Beteiligung durch die deutschen Rechtsvorschriften, internationalen Anforderungen und unternehmenseigenen Leitlinien bestimmt.

Dieser Abschnitt enthält eine Beschreibung des gegenwärtigen Ansatzes für die Prozesse der Stakeholder-Beteiligung und der Auslegung von Informationen.

### 6.1 Mittel zur Beteiligung

Die Hauptmechanismen zur Offenlegung von Informationen und zur Beteiligung der Stakeholder werden nachstehend vorgestellt. Dieser Abschnitt stellt die Mittel zur Beteiligung vor, von denen im Zusammenhang mit dem Vorhaben potenziell Gebrauch gemacht werden kann. Das Programm in Abschnitt 6.3 stellt die Methoden zusammen, die in dieser Phase konkret vorgesehen sind.

**Informationsverteilung.** Bekanntmachungen über wichtige Veranstaltungen, die vom Unternehmen organisiert werden und sonstige Informationen werden folgendermaßen verteilt und veröffentlicht:

- Bekanntmachungen in den Massenmedien: Zeitungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene
- gedruckte Bekanntmachungen für lokale Gemeinden, Informationsmaterial (Give-Aways)
- gedruckte Exemplare der Antragsdokumentation („Planauslegung“) in öffentlichen Auslegungsbüros und Links für den Download auf den Webseiten der Behörden während der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Schriftverkehr
- Kurzinformationen
- Webseite
  - Allgemeine und spezifische Informationen zum Vorhaben werden über die Internetseiten des Unternehmens veröffentlicht.
  - Genehmigungsantrag und Espoo-Bericht
  - Bekanntgaben werden auf den Internetseiten des Unternehmens veröffentlicht:

<https://www.nord-stream2.com/permitting-germany/>

Die Planunterlagen (Antragsunterlagen und Espoo-Bericht) waren mit Beginn der öffentlichen Auslegung ab dem 18.04.2017 auch auf den Webseiten des Bergamtes Stralsund ([www.bergamt-mv.de](http://www.bergamt-mv.de), unter Service > Genehmigungsverfahren) sowie des

Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie ([www.bsh.de](http://www.bsh.de), unter der Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen“) zugänglich; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen.

- Soziale Medien

Vorhabenbezogene Informationen werden regelmäßig über die Kanäle der Sozialen Medien, namentlich über Twitter und LinkedIn an verschiedene Stakeholder wie Medien, Denkfabriken (Thinktanks) und die allgemeine Öffentlichkeit verteilt. Dies geschieht über Twitter-Accounts des Landes und des Unternehmens sowie über LinkedIn.

**Öffentliche Auslegungsbüros.** Die öffentlichen Auslegungsbüros wurden von den Anhörungsbehörden geöffnet, um die Projektunterlagen zu jedermanns Einsichtnahme zugänglich zu machen. Besucher der Auslegungsstellen hatten die Möglichkeit, bequem Einsicht in die Projektunterlagen zu nehmen und Ihre Stellungnahmen beim Bergamt Stralsund und beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie einzureichen. Die öffentlichen Auslegungsstellen waren im Rahmen des UVP-Verfahrens nach Vereinbarung mit den lokalen Behörden geöffnet, um die Antragsunterlagen öffentlich auszulegen.

**Gezielte Informations- und Beratungsvorgänge.** Die Durchführung erfolgt über direkte Gespräche mit Vertretern der Stakeholder oder über Telefon und Online-Kommunikationswerkzeuge. Bei den gezielten Informations- und Beratungsvorgängen werden feste Ansprechpartner mit Vertretern von Behörden, örtlichen Gemeinden, Grundeigentümern und NRO abgestimmt.

**Öffentliche Anhörung und Erörterung.** Das Anhörungsverfahren wurde gemäß den nationalen und internationalen Anforderungen während der UVP- und der Planfeststellungsphase durch die Anhörungsbehörde durchgeführt. Bei dem Erörterungstermin handelt es sich um eine Veranstaltung, bei der Vertreter des Vorhabenträgers, die für die Entwicklung der Planung und der UVP verantwortlich sind und Stakeholder sich persönlich austauschen. Der Erörterungstermin fand vom 17. Juli bis 21. Juli 2017 in Stralsund statt.

**Versammlungen/Besprechungen (Meetings).** Die Meetings werden mit Stakeholdern abgehalten, um sie über das Vorhaben und seine fortschreitende Umsetzung zu informieren und einen konstruktiven Dialog und einen Austausch von Standpunkten und Informationen sicherzustellen. Meetings können ausgestaltet sein als:

- Gemeindeversammlungen
- Persönliche Besprechungen mit verschiedenen Stakeholdern aus der Liste

**Gemeinsame Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit** werden mit Gascade im Rahmen der Verträglichkeitsprüfungen für Neben- bzw. Anbindungsanlagen des Vorhabens koordiniert, die ebenfalls eine Stakeholder-Beteiligung und ein Umwelt- und Sozialmanagement erfordern.

**Workshops, Diskussionsforen und Konferenzen.** Der Träger des Vorhabens schätzt Konferenzen als wichtige Plattform zur Zusammenkunft mit verschiedenen Stakeholdern als wichtiges Mittel für den Austausch von Ideen, zur Konsensfindung und zum Ausbau von Engagement und Verantwortung. Der Vorhabensträger wird an Forschungsworkshops,

Diskussionsforen und Konferenzen teilnehmen und diese fördern. Zu spezifischen Themen, für die ein breites Interesse besteht, können gezielte thematische Workshops organisiert werden.

**Exkursionen zum Standort und Besichtigung von Anlagen.** Im Allgemeinen ist eine Besichtigung der Anlagen aufgrund deren Eigenschaft als Linienbauwerk nicht besonders sachdienlich. Dennoch werden Möglichkeiten untersucht, Vertretern von Stakeholdern sichere Besichtigungen der Projektstandorte und der Standorte der Auftragnehmer zu ermöglichen. Besichtigungen der Anlagen in den Anlandungsgebieten des Vorgängerprojekts Nord Stream können organisiert werden.

## 6.2 Offenlegung von Informationen

Die Tabelle 5 enthält einen Gesamtplan für die Offenlegung von Informationen.

**Tabelle 5 Plan für die Offenlegung von Informationen**

Gegenstand der Informationen	Informationsmaterial	Mittel der Offenlegung	Stakeholder	Zeitplan
Allgemeine Informationen über das Vorhaben	Infobroschüre Präsentation Kommunikationsmaterialien	Meetings Webseite	Alle Stakeholder	Fortlaufend
Antragsunterlagen einschl. Umweltverträglichkeitsstudien	Berichte Nichttechnische Zusammenfassung UVP Karten und Zeichnungen	Öffentliche Auslegungsbüros Webseite(n): NSP2, Behörden Schriftverkehr auf dem Postweg an sämtliche Stakeholder nach deutschem Recht	Alle Stakeholder	Q1 2017
Grenzüberschreitende Verträglichkeitsprüfung nach Espoo-Konvention	Espoo-Bericht Nichttechnische Zusammenfassung Kartenatlas	Öffentliche Auslegungsstellen, Webseite: NSP2, Behörden Schriftverkehr auf dem Postweg an sämtliche	Alle Stakeholder	Q1 2017

		Stakeholder nach deutschem Recht		
Öffentliche Anhörung	Präsentation, Planfeststellungsantrag	Protokolle	Alle Stakeholder	Q2 2017
Konkretisierung des Planfeststellungsantrags	Berichte	Öffentliche Auslegungsbüros  Webseite(n): NSP2, Behörden  Schriftverkehr auf dem Postweg an sämtliche Stakeholder nach deutschem Recht	Alle betroffenen Stakeholder	Q4 2017
Genehmigung/Planfeststellungsbeschluss	Dokumentation	Verteilung an die Stakeholder und öffentliche Auslegung der Genehmigungen in den öffentlichen Auslegungsbüros	Alle Stakeholder	Q1 2018
Informationen über die Umsetzung und den Fortschritt des Vorhabens	Informationsstellen im Anlandungsbereich und öffentliche Auslegungsbüros	Infobroschüren  Broschüren	Alle Stakeholder	Q1 2018 – Q3 2019
	Bekanntgaben	Medien  Webseite  Persönl. Gespräche	Betroffene Stakeholder  Behörden	Q1 2018 – Q3 2019
	Infobroschüren	Verteilung der Druckexemplare	Betroffene Stakeholder	Q1 2018 – Q3 2019
	Fortschritts- und Leistungsberichte zum Vorhaben	Verteilung an Stakeholder	Betroffene Stakeholder  Behörden	Q1 2018 – Q3 2019

Informationen über das Monitoring	Berichte	Verteilung Stakeholder	an Betroffene Stakeholder Behörden	Q1 2018 – Q3 2019
---	----------	---------------------------	---	----------------------

### 6.3 Stakeholder-Beteiligungsprogramm

Ein Überblick über die geplanten Aktivitäten zur Stakeholder-Beteiligung wird geordnet nach Stakeholder-Gruppen in Tabelle 7 unten gegeben. Die Tabelle wird im Verlauf des Projektzyklus aktualisiert. Wo sich dies anbietet, werden die Beteiligungsaktivitäten für verschiedene Zielstellungen zusammengezogen.

**Tabelle 6 Stakeholder-Beteiligungs-Programm**

Stakeholder/Stakeholder-Kategorie	Themen der Beteiligung	Stakeholder-Beteiligung und Methoden	Geplanter Zeitraum	Verantwortlich	Wesentliche Aktivitäten/offengelegte Informationen	Ort/Ergebnisse der Beteiligung
<b>Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung</b>						
Betroffene Stakeholder	Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung Kompensationsmaßnahmen	Information der Zielgruppe Meeting Öffentliche Anhörung Einzelgespräche	Q3 2016 – Q4 2017	Nord Stream 2 AG	Allgemeine Informationen über das Vorhaben Präsentation Umweltberichte	Mecklenburg-Vorpommern / Vereinbarung
<b>Planfeststellungsphase</b>						
Betroffene Stakeholder	Kompensationsmaßnahmen	Einzelgespräche Meetings mit Gruppen	Q1 2018	Nord Stream 2 AG	Anschreiben Projektbroschüre (oder gleichwertig)	Lubmin / Vereinbarung
Deutsche Fischereiverbände	Kompensationsvereinbarungen	Einzelgespräche Meetings mit Gruppen	Q4 2017	Nord Stream 2 AG	Anschreiben Nichttechnische Zusammenfassung UVP	Rügen und Lubmin / Vereinbarungen
Kabeleigentümer	Kreuzungs- bzw. Querungsvereinbarung	Information der Zielgruppe Einzelgespräche	Q1 2018	Nord Stream 2 AG	Anschreiben Projektbroschüre (oder gleichwertig)	Berlin / Vereinbarung
Betroffene Stakeholder, einbezogen gemäß den gesetzlichen Anforderungen in Deutschland	Genehmigung/Planfeststellung	Offenlegung von Informationen	Q1 2018	Bergamt Stralsund und Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	Genehmigungsdokumentation	Alle Stakeholder in Deutschland / Genehmigung
<b>Bauphase</b>						

Stakeholder/Stakeholder-Kategorie	Themen der Beteiligung	Stakeholder-Beteiligung und Methoden	Geplanter Zeitraum	Verantwortlich	Wesentliche Aktivitäten/offengelegte Informationen	Ort/Ergebnisse der Beteiligung
Alle Stakeholder	Baubeginnanzeige	Informationsverteilung	Q1 2018	Nord Stream 2 AG	Bekanntgabe Pressemitteilung	Pressemitteilung
Behörden	Projektfortschritt Bautätigkeiten	Informationsverteilung Information der Zielgruppe Meetings	Q1 2018 – Q3 2019	Nord Stream 2 AG	Bekanntmachungen Bekanntgabe Berichte	Lubmin / Protokolle
Behörden	Umweltmonitoring Erhalt der Biodiversität	Informationsverteilung Information der Zielgruppe Meetings	Q1 2018 – Q3 2019	Nord Stream 2 AG	Bekanntmachungen Bekanntgabe Berichte	Lubmin / Protokolle
Betroffene Stakeholder	Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen	Informationsverteilung Information der Zielgruppe Meetings	Q1 2018 – Q3 2019	Nord Stream 2 AG	Bekanntgabe Berichte Beschwerdemechanismus	Betreffendes Gebiet / Protokolle
Alle Stakeholder	Projektfortschritt	Informationsverteilung	Q1 2018 – Q3 2019	Nord Stream 2 AG	Beschwerdemechanismus	Offen / Protokolle
<b>Betriebsphase</b>						
Behörden	Umweltmonitoring	Berichte	Q1 2019 – Q4 2022	Nord Stream 2 AG	Bekanntgabe Berichte	offen
Alle Stakeholder	Regelmäßige Konsultationen	Informationsverteilung	Q1 2019 – offen	Nord Stream 2 AG	Allgemeine Informationen über das Vorhaben Beschwerdemechanismus	offen



## 7 Datenmanagement im Rahmen der Stakeholder-Beteiligung

Die Auffassungen und Bedenken von Stakeholdern werden vom Unternehmen als wertvolle Informationsquelle genutzt, um die Planung und die Ergebnisse bzw. Auswirkungen des Vorhabens zu optimieren. Die aus den Veranstaltungen zur Stakeholder-Beteiligung hervorgegangenen Ergebnisse werden systematisch gesammelt und vom Unternehmen in eine Stakeholder-Datenbank aufgenommen. Damit ist es möglich, erforderliche Folgemaßnahmen nachzuverfolgen und zu überwachen.

Der generelle Prozess der Entscheidungsfindung wird nachstehend erläutert. Damit soll Folgendes erreicht werden:

- Transparenz zeigen
- Informationen über die Mitarbeiter und Entscheidungsebenen des Unternehmens in Bezug auf die aufkommenden Fragestellungen zur Verfügung stellen
- Allgemeine Abläufe beim Umgang mit dem Feedback der Stakeholder beschreiben

Für das Management von Feedback seitens der Stakeholder (Kommentare, Bedenken/Beschwerden usw.) wird ein internes Verfahren genutzt, das es dem Personal des Unternehmens ermöglicht, dieses Feedback umgehend zu bearbeiten und zu analysieren.

### 7.1 Mittel für die Entgegennahme von Stakeholder-Feedback

Stakeholdern steht die Möglichkeit offen, Fragen zu stellen, Informationen oder Erklärungen anzufordern und Stellungnahmen, Bedenken oder Beschwerden direkt an das Unternehmen zu richten. Dafür stehen die folgenden Kontaktstellen jederzeit zur Verfügung:

**Direkter Kontakt:** Bürger können den Träger des Vorhabens über die folgenden Kontaktkanäle direkt kontaktieren:

Hauptsitz

- **Postanschrift:** Baarerstrasse 52, 6300 Zug, Schweiz

**E-Mail:**

[info@nord-stream2.com](mailto:info@nord-stream2.com)

[press@nord-stream2.com](mailto:press@nord-stream2.com)

[germany@nord-stream2.com](mailto:germany@nord-stream2.com)

- **Telefon:** die Nummern sind auf der Webseite des Vorhabens verfügbar unter <https://www.nord-stream2.com/>

#### ***Feedback, das während der Meetings kommuniziert wird***

Sämtliches Feedback, das von Stakeholdern bei Einzelbesprechungen, Diskussions- bzw. Besprechungsrunden oder Gemeindeversammlungen vorgetragen wird, wird in Besprechungsprotokollen niedergeschrieben.

#### ***Feedback/Stellungnahmen, das/die bei öffentlichen Konsultationen (Anhörung) eingeholt wird/werden***

Die Niederschrift der Kommentare und sonstigen Rückmeldungen, die während des öffentlichen Anhörungsverfahrens eingeholt werden, erfolgt formal durch die Anhörungsbehörde, welche die Kommentare und Rückmeldungen gleichzeitig zur Kenntnis nimmt und anschließend an Nord Stream 2 weiterleitet.

## **7.2 Feedback-Management im UVP-Verfahren**

Nach deutschem Verwaltungsverfahren haben Stakeholder im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeit, ihre schriftlichen Stellungnahmen offiziell bei den zwei zuständigen Behörden einzureichen. Diese Behörden werden die Stellungnahmen annehmen, die Kommentare zur Kenntnis nehmen und Stakeholder zur öffentlichen Anhörung bzw. zum Erörterungstermin einladen. Den Behörden obliegt die gesetzliche Verpflichtung, die Informationen und Kommentare zu bewerten und die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfungen und der technischen Prüfungen für ein Vorhaben bei der Entscheidung über dessen Genehmigung zu berücksichtigen.

Das allgemeine Verfahren für das Management der Stakeholder-Beteiligung als deutsches Verwaltungsverfahren ist unten in Abbildung 8 dargestellt.

#### **Abbildung 4 Feedback-Management bei der Stakeholder-Beteiligung im UVP-Verfahren**

Dieser Mechanismus bezieht sich nur auf den Ablauf nach erfolgtem Genehmigungsantrag. Darüber hinaus werden die Kommentare beim Unternehmen in einer Datenbank für die Stakeholder-Beteiligung gespeichert und nachverfolgt, um sicherzustellen, dass relevante Stellungnahmen im Genehmigungsverfahren, in der Dokumentation und beim Vorhaben berücksichtigt werden.

### **7.3 Feedback-Management im Espoo-Verfahren**

Die Behörden in Deutschland werden ein konsolidiertes Beteiligungsverfahren während des internationalen Genehmigungsprozesses nach Espoo-Konvention durchführen. Förmliche Stellungnahmen zum Genehmigungsantrag werden ebenfalls direkt an die zuständigen Behörden gerichtet und anschließend an das Unternehmen weitergeleitet.

## 7.4 Beschwerdemechanismus

Um eine Erarbeitung von Lösungen für Beschwerden von externen Stakeholdern in Bezug auf das Vorhaben zu erleichtern, wird ein Beschwerdemechanismus eingerichtet<sup>2</sup>. Je nach Bedarf können ggf. spezifische Maßnahmen für einzelne Stakeholder, wie beispielsweise aus den Kreisen örtlicher Gemeinden, erforderlich sein, um den Beschwerdemechanismus wirkungsvoll bekanntzumachen.

Der Beschwerdemechanismus wird parallel zum Genehmigungsverfahren eingerichtet. Der vom Unternehmen angebotene Beschwerdemechanismus ersetzt nicht und berührt nicht das Recht der Parteien den seitens der Behörden geführten Beschwerdemechanismus zu nutzen.

Eine **Beschwerde** ist ein Protest/Einwand, der durch einen externen Stakeholder (Person oder Gruppe) in Bezug auf eine spezifische Auswirkung und einen besonderen Vorfall hervorgebracht wird und der im Rahmen des Beschwerdemechanismus formal registriert und bearbeitet werden muss. Beschwerden können aus tatsächlichen oder empfundenen Auswirkungen hervorgehen, die mit den Maßnahmen des Unternehmens, einschließlich dessen Auftragnehmer, in Verbindung stehen.

Der Beschwerdemechanismus hat folgende Funktionen:

- Minimierung etwaiger vorhabenbedingter Beeinträchtigungen für externe Stakeholder durch schnelle und einvernehmliche Lösungen für die Beschwerdesachverhalte
- frühzeitige Identifizierung aufkommender unerwünschter Entwicklungen im Sinne von Ereignissen/Auswirkungen, sodass deren Auftreten zügig und proaktiv durch geeignete Maßnahmen verhindert/vermieden werden kann
- Demonstration von Respekt und Wertschätzung seitens des Unternehmens gegenüber externen Stakeholdern

Zu den Grundsätzen des Beschwerdemanagements zählen:

- jede Person, Gruppe oder Organisation kann jederzeit Beschwerden einreichen, ohne deshalb Gegenmaßnahmen oder Kosten befürchten zu müssen
- alle Beschwerden werden ernst genommen und fair und respektvoll behandelt; als erste Reaktion wird das Unternehmen den Eingang einer Beschwerde innerhalb von sieben Werktagen bestätigen
- der Prozess, mit dem Beschwerden angenommen, untersucht und gelöst werden, wird konsistent und transparent gestaltet; Vertreter der Auftragnehmer können erforderlichenfalls in die Untersuchungen einbezogen werden
- Informationen zur Untersuchung von Beschwerdesachverhalten und etwaige Entscheidungen werden dokumentiert

<sup>2</sup> Für die an dem Vorhaben beteiligten Beschäftigten wird ein separater Beschwerdemechanismus eingerichtet.

- falls der Beschwerdeurheber mit der (ersten) Entscheidung nicht einverstanden ist, steht seitens des Unternehmens ein Mechanismus für Einspruchsmöglichkeiten zur Verfügung
- persönliche Informationen über betroffene Stakeholder werden vertraulich behandelt (unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Regelungen)
- der Mechanismus beeinträchtigt nicht die Möglichkeiten für Rechts- oder Verwaltungsbeschwerden

Der Ablauf gemäß Beschwerdemechanismus ist in Abbildung 9 dargestellt und wird nachstehend beschrieben.

### **Abbildung 9 Ablaufdiagramm für die Untersuchung von Beschwerdesachverhalten**

### **Stufe 1: Kommunikation und Aufnahme der Beschwerde (Registrierung)**

Beschwerden können über alle Kommunikationskanäle eingereicht werden, die zum Zeitpunkt der Einreichung für die Stakeholder-Beteiligung zur Verfügung gestellt wurden (einschließlich Direktkontakt zum Unternehmen in der Schweiz über E-Mail, Telefon und auf dem Postweg). Alle Beschwerden werden registriert.

### **Stufe 2: Annahme der Beschwerde zur Untersuchung**

Das Unternehmen wird den Eingang der Beschwerde innerhalb von sieben Werktagen nach Eingang derselben bestätigen.

### **Stufe 3: Benachrichtigung**

Neben der Eingangsbestätigung für seine Beschwerde erhält der Urheber derselben auch Informationen über Antwortzeiten, die nächsten Schritte und Angaben zu Ansprechpartnern innerhalb des Unternehmens.

### **Stufe 4: Untersuchung**

Das Unternehmen wird Beschwerdesachverhalte und deren Begleitumstände untersuchen. Diese Untersuchungen können verschiedene Projekteinheiten zum Gegenstand haben und erfordern gegebenenfalls Konsultationen mit dem Beschwerdeurheber. Das Unternehmen wird anstreben, den Untersuchungsvorgang für die eingegangenen Beschwerden innerhalb von 30 Kalendertagen mit einem Lösungsvorschlag abzuschließen. In komplexeren Fällen kann dieser Zeitraum bis zu 45 Tagen ab Eingang der Beschwerde betragen.

### **Schritt 5: Lösung/Beilegung**

Auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse wird eine Lösung vorgeschlagen. Die vorgeschlagene Lösung wird dann formal an den Beschwerdeführer übermittelt. Der Beschwerdeführer wird zunächst innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen über den Fortschritt des Lösungsfindungsprozesses informiert und anschließend wieder kontaktiert, sobald eine Lösung gefunden wurde (falls der Vorgang 45 Tage beanspruchen sollte). Falls die vorgeschlagene Lösung nicht angenommen wird, kann der Fall über ein internes Einspruch- bzw. Widerspruchsverfahren geklärt werden.

### **Stufe 6: Überwachung und Bewertung**

Nachdem die akzeptierte Lösung umgesetzt wurde, wird ihre Wirksamkeit überwacht und für einen Zeitraum bewertet, der zwischen dem Beschwerdeführer und dem Unternehmen zu vereinbaren ist. Relevante Maßnahmen werden in das Maßnahmenverzeichnis (*commitments register*) des Unternehmens aufgenommen.

Auftragnehmern steht es offen, ihre eigenen Beschwerdemechanismen zu implementieren. Diese müssen jedoch mit dem Beschwerdemechanismus des Unternehmens abgestimmt werden und können nicht ohne vorherige formelle Zustimmung durch das Unternehmen implementiert werden. Falls Auftragnehmer auf ihre eigenen Beschwerdemechanismen zurückgreifen, werden diese Auftragnehmer das Unternehmen regelmäßig über die Wirksamkeit bzw. Leistungsfähigkeit ihrer Beschwerdemechanismen informieren.

## **8            Personalressourcen und Implementierung**

Der SBP für Deutschland ist Teil des Umwelt- und Sozialmanagementsystems (USMS) für das Vorhaben. Die Verantwortung für die Umsetzung des deutschen SBP obliegt in der gegenwärtigen Projektphase der Genehmigungsabteilung des Hauptsitzes für das Vorhaben (Zug).

Der spezifische SBP für Deutschland wird durch die Genehmigungsabteilung Deutschland implementiert.

Die Beteiligung von betroffenen Stakeholdern wird vom Hauptsitz aus gesteuert.

Die Verfahren zur Freigabe von Informationsmaterial, offenzulegenden Informationen und Methoden der Stakeholder-Beteiligung werden durch die Kommunikationsabteilung unterstützt.

Beschwerden werden durch eine Kommission aus technischen Sachverständigen, Genehmigungsmanagern, HSE-Experten und den für das Managementsystem verantwortlichen Spezialisten gesteuert.

Der deutsche SBP wird im weiteren Verlauf der Umsetzung des Vorhabens regelmäßig geprüft und fortgeschrieben. Dies geschieht falls und sobald dies erforderlich ist, jedoch mindestens einmal jährlich. Unabhängig von dieser Verpflichtung wird das Unternehmen sicherstellen, dass ein überarbeiteter SBP vor sämtlichen wichtigen Phasen der Stakeholder-Beteiligung und vor Beginn der Baumaßnahmen bzw. der Inbetriebnahmemassnahmen erstellt wird. Dies stellt die Glaubhaftigkeit und Bedeutung der im deutschen SBP enthaltenen Informationen sicher und gewährleistet, dass die Methoden zur Stakeholder-Beteiligung den gesetzlichen Anforderungen genügen und auf die Umstände der Projektumsetzung zu verschiedenen Phasen abgestimmt sind. Sämtliche wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Maßnahmen des Vorhabens und den Zeitplan für seine Umsetzung werden bei jeder Überarbeitung des deutschen SBP adäquat eingearbeitet.

## **9            Überwachung und Berichtswesen**

Es ist wichtig, die Stakeholder-Beteiligung überwachend zu begleiten, um sicherzustellen, dass die gesamte Beteiligungs- und Öffentlichkeitsarbeit effektiv abläuft und dass Stakeholder im gesamten Prozess angemessen konsultiert werden. Die Überwachung bzw. Begleitung (Monitoring) der Stakeholder-Beteiligung wird Teil des Umwelt- und Sozialmanagementsystems für das Vorhaben sein.

Das Monitoring wird Folgendes beinhalten:

- Auditierung der Umsetzung des Stakeholder-Beteiligungs-Plans
- Überwachung der Aktivitäten zur Beteiligung von Behörden und Stakeholdern aus Nicht-Regierungskreisen
- Überwachung der Wirksamkeit des Beteiligungsprozesses beim Management von Auswirkungen und Erwartungen durch Nachverfolgung von Feedback, das während der Beteiligungsaktivitäten erhalten wurde und durch Aufzeichnen und Nachverfolgen von Verpflichtungen, die gegenüber Stakeholdern eingegangen wurden

- Überwachung sämtlicher etwaigen Beschwerden und deren Lösungen

Die Leistungsfähigkeit des Mechanismus wird regelmäßig mit dem Stakeholder-Beteiligungsplan abgeglichen. Die Maßnahmen zur Stakeholder-Beteiligung werden nachverfolgt, um ihre Wirksamkeit zu beurteilen. Zur Nachverfolgung werden folgende Kennzahlen verwendet:

- Verteiltes Material: Typen, Häufigkeit und Ort
- Ort und Zeit formaler Beteiligungsmaßnahmen und Grad der Beteiligung/Teilnahme einschließlich nach spezifischen Stakeholder-Gruppen
- Anzahl der Stellungnahmen nach Thema und Stakeholder-Typ und Details zum erhaltenen Feedback
- Anzahl und Art der Beschwerden und die Art und Zeitplanung für deren Umsetzung
- Ansichten und Wahrnehmungen innerhalb der Gesellschaft auf der Grundlage von Medienberichten und Stakeholder-Feedback

## **10            Anhänge**



## Anhang 1 – Liste der Stakeholder für das Vorhaben

<b>Tabelle A1: Stakeholder, geordnet nach geographischer Lage und Interessen</b>	
<b>Auf internationaler Ebene</b>	
<b>Stakeholder</b>	<b>Wesentliche Vertreter</b>
Behörde	Helsinki-Kommission, Exekutivsekretär
Behörde	Umwelt- und Naturschutzbehörde (Dänische Behörde)
Behörde	Polnisches Generaldirektorat für Umweltschutz
Behörde	Regionales Polnisches Direktorat für Umweltschutz Stettin
Behörde	Ministerium für Maritime Wirtschaft und Transport
Behörde	Seeamt Stettin
Behörde	Aufsichtsbehörde für Umweltschutz
Behörde	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Behörde	Wirtschaftsministerium
Wissenschaftliche Organisation	Universität Danzig, <i>Hel Marine Station</i>
Wissenschaftliche Organisation	Nationales Forschungsinstitut für Seefischerei
Gewerbliches Unternehmen	ARKA Sp. z o.o. (Fischereiunternehmen)
Gewerbliches Unternehmen	Darłowska Grupa Producentów Ryb i Armatorów Łodzi Rybackich (Fischereiunternehmen)
Gewerbliches Unternehmen	Goleniowski (Fischereiunternehmen)
Wissenschaftliche Organisation	Ozeanographisches Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Gewerbliches Unternehmen	Seehafenverwaltung Stettin und Swinemünde
NRO	ClientEarth

<b>Tabelle A2: Stakeholder, geordnet nach geographischer Lage und Interessen</b>	
<b>Auf Ebene des Bundes</b>	
<b>Stakeholder</b>	<b>Wesentliche Vertreter</b>
Verfahrensführende Behörde	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, BSH
Behörde	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, GDWS
Behörde	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, BMUB
Behörde	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Behörde	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Behörde	Auswärtiges Amt
Behörde	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistung der Bundeswehr
Behörde	Bundesnetzagentur
Behörde	Umweltbundesamt
Behörde	Marinekommando
Behörde	Bundesamt für Naturschutz, BfN
Behörde	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, BLE
Behörde	Eisenbahnbundesamt
Behörde	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
Gewerbliches Unternehmen	GASCADE Gas Transport GmbH
Gewerbliches Unternehmen	50Hertz Transmission GmbH
Gewerbliches Unternehmen	Deutsche Telekom – Seekabel
Gewerbliches Unternehmen	E.ON Climate & Renewables CE GmbH
Kommerzielle Unternehmen	Iberdrola Renovables Offshore Germany GmbH
Soziale NRO	Deutscher Fischerei-Verband e.V.
Soziale NRO	Deutscher Motoryachtverband e.V.
Soziale NRO	Deutscher Segler-Verband

Soziale NRO	Verband Deutscher Reeder
Soziale NRO	Bundesverband Windenergie e.V.
Soziale NRO	Offshore Forum Windenergie GbR
Umweltschutzorganisation/NRO	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND Deutschland e.V.
Umweltschutzorganisation/NRO	NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.
Umweltschutzorganisation/NRO	WDCS Whale and Dolphin Conservation Society (Gesellschaft zum Schutz der Wale und Delfine)
Umweltschutzorganisation/NRO	WWF Deutschland, Fachbereich Meere und Küsten, Projektbüro Ostsee
Wissenschaftliche Organisation:	Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde
Wissenschaftliche Organisation:	Thünen-Institut OF; Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, Institut für Ostseefischerei

<b>Tabelle A3: Stakeholder, geordnet nach geographischer Lage und Interessen</b>	
<b>Auf Ebene des Bundeslandes</b>	
<b>Stakeholder</b>	<b>Wesentliche Vertreter</b>
Verfahrensführende Behörde	Bergamt Stralsund
Behörde	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern
Behörde	Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern
Behörde	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern
Behörde	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
Behörde	Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, LaKD
Behörde	Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
Behörde	Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund, WSV

Behörde	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, LUNG
Behörde	Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei, LALLF
Behörde	Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz
Behörde	Landesamt für Gesundheit und Soziales, LAGUS M-V
Umweltschutzorganisation/NRO	Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern
Umweltschutzorganisation/NRO	Landesverband der Kutter und Küstenfischer M-V e.V.

<b>Tabelle A4: Stakeholder, geordnet nach geographischer Lage und Interessen</b>	
<b>Auf regionaler/lokaler Ebene</b>	
<b>Stakeholder</b>	<b>Wesentliche Vertreter</b>
Landkreis/Verwaltung	Landkreis Vorpommern-Greifswald
Landkreis/Verwaltung	Landkreis Vorpommern-Rügen
Kommerzielle Unternehmen	Kiteshop Ostsee Kiteschule
Gemeinde/Amt/Stadt	Amt Bergen auf Rügen (Gemeinden Buschvitz, Garz, Gustow, Stadt Bergen)
Gemeinde/Amt/Stadt	Amt Lubmin
Gemeinde/Amt/Stadt	Amt Usedom-Nord
Gemeinde/Amt/Stadt	Ostseebad Binz
Gemeinde/Amt/Stadt	Stadt Sassnitz
Gemeinde/Amt/Stadt	Amt Anklam-Land
Gemeinde/Amt/Stadt	Amt Mönchgut-Granitz (Gemeinden Middelhagen und Göhren)
Gemeinde/Amt/Stadt	Stadt Putbus
Gemeinde/Amt/Stadt	Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Gemeinde/Amt/Stadt	Hansestadt Stralsund
Behörde	Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern
Behörde	Amt für Raumordnung Greifswald
Behörde	Staatliches Amt für Umwelt und Natur Vorpommern
Behörde	Staatliches Amt für Umwelt und Natur Mittleres Mecklenburg
Behörde	Straßenbauamt Neustrelitz
Behörde	Straßenbauamt Stralsund
Behörde	Untere Naturschutzbehörde Landkreis Vorpommern-Greifswald
	Biosphärenreservatsamt Rügen
Soziale NRO/Gewerbliches Unternehmen	Marina Lubmin GmbH
NRO für Umwelt und Soziales	Landesanglerverband M-V e.V.
NRO für Umwelt und Soziales	Brunst-Weber-Stiftung
NRO für Umwelt und Soziales	Succow-Stiftung
Umweltschutzorganisation/NRO	Bauernverband Rügen
Soziale NRO	Jagdgenossenschaft Kasnevitz
Soziale NRO	Jagdgenossenschaft Poseritz
Soziale NRO	Jagdgenossenschaft Putbus
Umweltschutzorganisation/NRO	Wasser- und Bodenverband Rügen
Umweltschutzorganisation/NRO	Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen
Umweltschutzorganisation/NRO	Insel e.V.
Umweltschutzorganisation/NRO	Salmoniden und Gewässerschutz MV
Grundeigentümer	Energiewerke Nord GmbH
Grundeigentümer/Landwirte	Liste mit betroffenen privaten Grundeigentümern und/oder Landwirten